

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pro numerando 1 Rm. 25 Pf., monatlich 85 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 2 Mark.

Kreuzband-Abonnements-Preis: Für Deutschland und Österreich 3 Rm. — Pf., Niederlande und Belgien 3 — 60 —, England und Frankreich 4 — 50 —, Amerika (Berein. Staaten) 5 — 50 —. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition anzugeben und müssen pro numerando gezahlt werden.

Redaktion und Expedition: Berlin, Oranienstraße Nr. 8, 80.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spedition entgegengenommen.

Inserate

(nur in der Expedition aufzugeben) werden pro Spaltenzeile mit 50 Pf. berechnet. Zusammenfassungen der Spaltenzeile oder deren Raum 20 Pf. Sogenannte Reklame-Anzeigen werden nicht angenommen.

Neuer Social-Demokrat.

Eigenthum der Lassalleaner.

Inhalt.

Wie der Kongress deutscher Landwirthe Lassalle widerlegen wollte.

Politische Uebersicht: Aus dem Antarktampel. — Die Sozialistische Bewegung in Berlin. — Der Geschäftsgang des Berliner Stadtraths. — Ein besorgniserregender Krieg. — Was ein Vorkriegsleben kann. — Welche Last, Soldat zu sein. — Aus Königshagen. — Aus Triest.

Prozessverhandlung. — Korrespondenzen: Bremen. — Vörsen. — Vörsen. — Köln. — Weissen. — Freiburg i. B. — Elmshorn. — Barmen. — Osnabrück. — Garburg. — Gagen. — Glangon. — Gamburg. — Glangon. — Berlin. — Getha. — Bremen. — Lübeck. — Grafsberg. — Ellendurg.

Ein wichtiger Obertribunalbeschluss. Das große Arbeiterunglück zu Weissen.

Fremdsprachen: Vorbis und Blanqui und der Aufstand von 1839. (Fortsetzung.)

Wie der Kongress deutscher Landwirthe Lassalle widerlegen wollte.

Es ist ein gar heiteres Bild, wenn's den Eseln zu wohl ist und sie auf dem Esel ihre Sprünge machen; aber ohne Weinbruch geht es dabei nicht ab. Von allen Eseln ist aber die politische-ökonomische die glütteste und daher für Esel gefährlichste, ganz abgesehen davon, daß es meist auch die dümmsten aller Esel sind, welche auf derselben ihre Pausen machen.

Das erbauliche Schauspiel des ökonomischen Eselsprungs mit darauf folgendem jämmerlichen Brinbruch haben uns in den letzten Tagen nun der in Berlin tagende sogenannte Kongress deutscher Landwirthe, respective seine Referenten und mehrere der hochweisen Zeitungredaktionen, darunter die „Nationalzeitung“, gemacht, welche mit vollen Possamenshöfen in die Welt die frohe Kunde hinausbrachten, daß das eherner Lohngesetz abgeschafft und Lassalle somit widerlegt sei. Die braven „deutschen Landwirthe“, respective Großgrundbesitzer hätten unser Erachten respicuell gehandelt, wenn sie sich statt der politischen Ökonomie mit der klugen Ökonomie beschäftigt hätten, denn was sie im Allgemeinen gethan haben, war nichts mehr und nichts weniger, als eine großartige Verschwendung zur Beschränkung der Freiheit und Niederhaltung der Löhne der ländlichen Arbeiter; speziell aber mit der angeblichen Widerlegung Lassalle's ist nur die augenscheinlichste Unwissenheit offenbart worden.

Was das eherner Lohngesetz betrifft, so haben seine Anhänger wirklich im gegenwärtigen Augenblicke den besten Grund, lächlich mühsam zu sein; denn heute ist die Zeit, wo Steine Zeugnis ablegen müssen, wenn die Menschen schweigen; denn wahrlich, blind muß derselbe sein, welcher den jetzigen Nothstand der Arbeiterklasse nicht sieht, welcher es unbedachtlich läßt, daß die nothwendigsten Unterhaltsmittel in tausend und abertausend von der Arbeitslosigkeit heimgeschickten Proletarierfamilien fehlen, daß jetzt auch für Berlin die sonst nur London angehörende Zeitungsgrubir von Todesfällen durch Hunger und Kälte an der Tagesordnung ist. Wer das eherner Lohngesetz in demselben Augenblicke läugnet, wo es seine be-

Barbès und Blanqui und der Aufstand von 1839.

(Fortsetzung.)

Um die politische Tragweite des in den letzten Fortsetzungen des Feuilletons geschilderten Verleumdungssystems zu berechnen, ist es nothwendig, die Lage der französischen Republik im März und April 1848 zu betrachten.

Noch hatte in Paris das arbeitende Volk die Macht in den Händen; die zur reaktionären Bourgeoisie gehörende Mehrheit der provisorischen Regierung aber trachtete nach Kräftigung der Bourgeoisielemente und suchte durch Ueberföhrung der Wahlen für Frankreich eine reaktionäre Nationalversammlung zu erlangen. Im März begann der Wahlkampf.

Nach allen Berichten, die man besaß, war schon damals ein Ausfall der Wahlen zwar entschieden zu Gunsten der Republik, aber eben so entschieden gegen die Social-Demokratie mit Bestimmtheit vorher zu sagen.

Der bekannte Historiker Stein schildert die Lage folgendermaßen:

Was blieb nun der social-demokratischen Partei übrig? Sie mußte jetzt um jeden Preis die Wahlen verhindern; sie mußte jetzt die Gesamtheit der Staatsgewalt in den Händen der provisorischen Regierung erhalten. Denn während ihre ganz entschiedene Minorität in der künftigen Versammlung schon jetzt ungewiss war, blieb ihr bei fast gleicher Stimmenzahl der Partien in der provisorischen Regierung noch immer die Hoffnung, durch den Druck der Massen einen gewaltigen Einfluß auf dieselben auszuüben, ja sie zu vertreiben, reine Social-Demokraten an ihre Stelle zu setzen und so dem Proletariat die Herrschaft zu verschaffen.

Darüber wußte die Ansicht der Führer des Proletariats war, daß sie lassen die eigenen Aussagen Louis Blanc's, der sie verteidigt, und Proudhon's, der sie angreift, nicht den mindesten Zweifel.

Louis Blanc sagt ganz ausdrücklich in seinen Pages d'histoire Ch. XI:

„Kaum aus der Zustimmung des Volkes hervorgegangen,

strittenen schrecklichen Folgen dem zweifelndsten Beobachter sonnenklar vor Augen führt, der muß dasselbe Ungeschick und die gleiche Unverschämtheit besitzen, wie gewisse Literaten, welche unter den Stürmen des letzten Börsenkraus es wagten, die Spekulation und den Börsenschwindel als berechtigt und nützlich hinzustellen. Wir hätten wahrlich nur nöthig, einfach auf die gegenwärtigen Verhältnisse zu verweisen, um die Pöcherlichkeit solcher Lassalle-Widerleger darzutun; der Grund, weshalb wir gleichwohl vom Standpunkte der ökonomischen Theorie darauf eingehen, ist lediglich jener, daß die zur Widerlegung des ehernen Lohngesetzes in's Geseht geführten Behauptungen desselbe gründlich bekräftigen.

Rechnen wir daher den erwähnten Artikel der „Nationalzeitung“ zur Hand. Derselbe erwähnt, der Kongress deutscher Landwirthe habe vor drei Jahren auf Antrag der Herren R. Meyer, Rodbertus-Jagow und Schumacher-Berlin beschloffen, daß der Ausschuss eine aus sieben Mitgliedern bestehende Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage der ländlichen Arbeiterklassen und Berichterstattung über dieselbe ernennen solle. Die von der betreffenden Kommission ernannten Referenten, Professor von der Solg, Generalsekretär von Langsdorf, Professor Richter, hätten ihren Bericht der Kommission erstattet. Angehängt an denselben seien Zusätze und Erläuterungen, und aus diesen letzteren ergebe sich Folgendes: „daß, wenn auch der Roggenpreis keinen vollständigen Nothstand für das Verhältniß des Tagelohns zu dem für den Arbeiter nothwendigsten Lebensbedarf abgibt, doch im Ganzen die Tagelöhne weit mehr abwichen, als die Preise der nöthigsten Lebensbedürfnisse, daß also die materielle Lage der ländlichen Arbeiter in den einzelnen Theilen von Deutschland eine sehr verschiedene sei. Während der niedrigste von dem höchsten Tagelohn um 192 Prozent übertraffen werde, welche der höchste durch den Tagelohn repräsentirte Roggenwerth (23 Pfund für eine Tagesarbeit in Schwaben) von dem niedrigsten Roggenwerth (10 1/2 Pfund für eine Tagesarbeit in Schlesien) nur um 112,5 Prozent. Dadurch werde die noch von Vielen behagte Meinung widerlegt, als ob die Verschiedenheit der Tagelohnsätze durch die Verschiedenheit der Preise der Lebensmittel ihre Ausgleichung finde. Eine solche Ausgleichung finde in Wirklichkeit nur in verhältnißmäßig geringem Maße statt.“

„Damit ist zugleich — so heißt es wörtlich — „der Beweis geliefert, daß das sogenannte eherner Lohngesetz Lassalle's auf einer Fiktion (Einführung) beruht, oder doch nur in einer so beschränkten Anwendung Giltigkeit hat, daß gerade die in der Social-Demokratie daraus gezogenen Konsequenzen hinfällig werden.“

Mit rührender Naivität fügt dann die „Nationalzeitung“ hinzu:

„Die Höhe des Tagelohns wird außerdem auch wesentlich von dem Verhältnisse der Nachfrage zum Angebot beeinflusst, und es ergibt sich demgemäß aus den gesammelten Daten das Geseh, daß dort, wo der große und geschlossene Grundbesitz besonders stark vertreten ist, die Löhne verhältnißmäßig immer höher sind, als dort, wo auch der häuerliche und kleine Besitz zahlreicher vorhanden ist.“ Auffallende Beispiele davon sind das Großherzogthum Oldenburg, wo der häuerliche geschlossene Grundbesitz prä-

hatte sich die provisorische Regierung schon fragen müssen, was sie eigentlich sei und in welchem Sinne sie sich zu verstehen habe.

„Sollte sie sich als eine diktatorische Gewalt betrachten, welche durch eine nothwendig gewordene Revolution geheiligt war und erst dann der öffentlichen Meinung Rechenschaft abzulegen hatte, wenn sie alles Gute gethan, welches zu thun war?“

„Oder sollte sie im Gegentheil ihre Thätigkeit darauf beschränken, unmittelbar die Nationalversammlung zu berufen, selbst aber lediglich die dringendsten Maßregeln zu ergreifen, lediglich Handlungen der Verwaltung von geringerer Bedeutung vorzunehmen.“

„Von diesen zwei entgegengesetzten Ansichten war die letztere ohne Zweifel die regelrichtere, die weniger gewagte: sie schätzte die Unlegitimität der provisorischen Regierung gegen jeden Verzicht, sie leitete uns halb und halb gegen den Vorwurf einer Usurpation.“

„Diese Ansicht wurde daher auch in der Sitzung als die richtige anerkannt.“

„Was mich anbetrifft, so hatte ich eine Ansicht, welche der obliegenden völlig entgegengefeht war, und hielt dafür, daß die Annahme der ersteren Meinung den glücklichsten Einfluß auf das Loos der neuen Republik haben würde.“

„Ich verhehle mir keineswegs die Unannehmlichkeiten und Gefahren, welche mit der Annahme dieser Ansicht verbunden sein mußten. Ich wußte, daß sich eine Gesellschaft nicht leicht weit über das hinausführen läßt, was sie kennt und was sie denkt. Die Geschichte hat ihren eigenen Gang, der sich nicht nach den Schlägen eines eckeligenen Hergens richtet, noch auch nach der logischen Entwicklung einer richtigen Idee, und es ist Niemandem verziehen, nach seiner Laune diesen Gang zu einem schnelleren zu machen. Dennoch darf man diese Bemerkung, wenn sie eine richtige bleiben soll, nicht in einem absoluten Sinne nehmen; denn die Umstände sind, bei Licht betrachtet, doch weiter nichts, als das Resultat eines gewissen Zusammenwirkens individueller Anstrengungen, und die Einwirkung einiger edelen Männer, wenn es ihnen verbleiben ist, eine große Macht zu verwenden, um einer großen Idee den Sieg zu bereiten, hat gewiß ihr Gewicht in der Waagschale der menschlichen Dinge.“

dasiet, und der Regierungsbezirk Straßburg, in welchem auf der Quadratmeile nur 20,3 Grundbesitzer sich befinden, und der Tagelohn auf 18,3 Sgr. durchschnittlich sich stellt, während in den Regierungsbezirken Stettin und Köslin auf der Quadratmeile sich 83 und resp. 83,7 Grundbesitzer befinden und der Tagelohn nur 13 und resp. 12,3 Sgr. durchschnittlich beträgt. Für die Höhe des Tagelohns ist ferner maßgebend, ob die ländlichen Arbeiter Gelegenheit haben, zu anderweitigen lohnenderen Beschäftigungen überzugehen oder nicht. Endlich sind noch die Lebensgewohnheiten und die daraus resultirenden Ansprüche der Arbeiter entscheidend. Doch muß es unentschieden bleiben, in wie weit der Standard of life (die Summe der Lebensbedürfnisse) des Arbeiters auf die Höhe des Lohnes oder umgekehrt der letztere auf den ersteren maßgebend einwirkt. Jedenfalls steht der Tagelohn in Schlesien am niedrigsten, während zugleich der schlechteste Arbeiter der genügzaamste und als solcher bekannt und gesucht ist.“

Soweit die famose Beweisführung der „Widerleger“ Lassalle's gegen das eherner Lohngesetz.

Daß die guten „Nationalzeitung“-Ökonomen und mit ihr die Professoren und Referenten des famosen Kongresses deutscher Landwirthe nichts weiter bewiesen haben, als ihre eigene gänzliche Unwissenheit in Betreff dessen, was Lassalle, sowie überhaupt jeder Socialist, aufgestellt hat, das haben dieselben wohl nicht geahnt. Soy für Soy ist jede der im Vorstehenden festgestellten Thatsachen eine Bestätigung des ehernen Lohngesetzes in dem vollen Umfang, wie nicht bloß Lassalle oder die Social-Demokraten, sondern die Wissenschaft überhaupt dasselbe kennzeichnet. Es kommt dabei gar nicht einmal in Betracht, daß die Statistik der Herren „Landwirthe“ aus leicht begreiflichen Gründen die Löhne ihrer Arbeiter zu hoch ansetzt.

Wir müssen hier noch einmal kurz das eherner Lohngesetz aufführen; es wird in nachstehender Weise:

„In dem heutigen Verkehr bestimmen Angebot und Nachfrage den Marktpreis jeder Waare; da aber in Folge der freien Konkurrenz Jedermann beliebige Waaren herstellen kann, so wird der Marktpreis einer Waare sich nach ihrer Produktion richten und ihr natürlicher Preis, das heißt der Durchschnitt aller ihrer verschiedenen Marktpreise gleich den nothwendigen Herstellungskosten der Waare sein; denn der Marktpreis steigt in Folge größerer Nachfrage als Angebot ist, zeitweise höher als die Herstellungskosten sind, unter solchen Umständen wird die Produktion der Waare so lange vermehrt, bis Angebot und Nachfrage sich ausgleichen und der Marktpreis wieder sinkt; auf der andern Seite sinkt der Marktpreis bei geringerer Nachfrage, als Angebot ist, jedesmal unter die Herstellungskosten, und es geht dann so lange Waare unbekannt zu Grunde oder wird in geringerer Waare produziert, bis das übermäßige Angebot aufhört; mit einem Wort, der Marktpreis der Waaren schwankt stets um die Grenze der Herstellungskosten, ihren natürlichen Preis, und wird dadurch regulirt, daß die Produktion sich bald steigert und bald abnimmt, daß bald Uebersproduktion erfolgt, bald die Waare nutzlos verdirbt.“

Es ist nun ferner innerhalb der heutigen Gesellschaft die

„Indem ich also den Zustand dieser Unwissenheit und geistiger Rachtschaft erwogte, in welchen die Bewohner des flachen Landes von Frankreich versunken sind; die gewaltigen Hülfsmittel, welche der ausschließliche Besitz aller Mittel des Einflusses und aller Einkünfte des Reichthums den Feinden des Fortschrittes gewährt; die vielen unfauberen Keime, welche durch ein halbes, unter einem Kaiser und drei Königen verlebtes Jahrhundert in das Herz der Gesellschaft gepflanzt sind; endlich die numerische Ueberherrschung der unwissenden Landbewohner über die erleuchtete Einwohnerchaft der Städte, so dachte ich:

„Daß wir den Augenblick der Wahlen so weit als möglich hätten hinauschieben müssen;

„Daß wir in der Zwischenzeit laut und lähn, auf die Gefahr hin, mit unserem Leben verantwortlich gemacht zu werden, die gewaltigen Reformen, welche Noth thun, hätten angreifen müssen, indem wir es der später einzuberufenden Nationalversammlung überließen, entweder unser Werk zu bekräftigen oder es mit souveräner Hand wieder einzuzerren.“

„Auf diese Art hätten wir unsere Zeit wohl angewandt. Wir hätten mit der ganzen Kraft, welche die Ausübung der höchsten Gewalt gewährt, auf die französische Nation einzuwirken können, welche so lebhaft, so verständig ist, so gern den von Oben ersolgenden Einwirkungen gehorcht. Wir hätten auf dem Höhepunkte der Gesellschaft gleichsam einen lichtvollen Phoros angezündet, der ihren ganzen Umfang erleuchtet hätte. Mit einem Worte, wenn dann die von vorn herein anerkannte und ausgereifene Souveränität des Volkes zu den Unen gerufen wäre, so würde sie erkannt haben, daß ihre Erziehung nun vollendet sei.“

„Das war auch Albert's Meinung, und nichts war geeigneter, um mich in der minigen zu bekräftigen; denn Albert verband mit einer seltenen Rechtschaffenheit einen feinen Takt und einen scharfen Verstand. Wenn er in der Sitzung das Wort ergriff, so geschah das stets nur, um edle oder gerechte Ansichten auszusprechen, und er that das in bestimmten und kräftigen Worten.“

Und was sollte denn nun geschehen, wenn die provisorische Regierung dennoch nicht jene Initiative ergreifen wollte? fährt Stein fort.

Arbeitskraft des besitzlosen Menschen eine Waare gleich jeder anderen; er muß sie, falls er nicht verkaufen will, an den kapitalbesitzenden Unternehmer verkaufen, und es unterliegt daher die Körper- und Geisteskraft des Arbeiters genau denselben Gesetzen, wie jede andere Waare, mag es Eisen oder Gold, Korn oder Vieh sein. Der Preis der Arbeitskraft ist der Arbeitslohn; auch dieser muß also von Angebot und Nachfrage abhängig sein und im Durchschnitt den Herstellungskosten der Arbeitskraft gleich kommen. — Was sind aber jene Herküllungskosten? Die Antwort ist leicht: es ist die Summe der Lebensmittel, welche unbedingt erforderlich ist, damit eine Arbeiterfamilie nach den Gewohnheiten des Landes und Zeitalters mit knapper Roth existiren kann; steht der Lohn zeitweise höher, so wird eine kurze Zeit die Arbeiterklasse besser leben, mehr Ehen schließen u. s. w.; ihre Zahl wird zunehmen; zugleich wird die Kapitalmacht Arbeiter ersparende Maschinen einführen, alles das, bis der Lohn wieder sinkt; steht aber der Lohn unter jener Grenze, so geht die Waare Arbeitskraft so lange zu Grunde, bis das übermäßige Angebot aufhört, das heißt: Hunger und Massenkrankheiten dezimiren so lange die Reihen der Arbeiter, welche in jener Zeit nicht einmal genug Lohn verdienen, um den gewohnheitsgemäßigen notwendigen Lebensunterhalt, den Standard of life — wie die Engländer es nennen — zu erzielen.

Das ist das eiserne Lohngesetz. — Und fragen wir nun, wie sich die oben erwähnten Aufstellungen des landwirthschaftlichen Kongresses dazu verhalten, so liegt die Antwort auf der Hand: daß selbige es bekämpft. — Es ist dort ausgeführt, daß der Tagelohn der Landarbeiter in Deutschland derzeit ist, daß in Schlesten der Arbeiter für einen Tag Lohn circa 11 Pfund, in Schwaben aber 23 Pfund Roggen kaufen kann, und daß die übrigen Löhne in der Mitte stehen. Nichts ist aber einfacher zu erklären, als dies, denn in Schlesten hat hauptsächlich der Arbeiter die geringsten gewohnheitsgemäßigen Lebensbedürfnisse; er lebt nicht einmal von Brod, sondern größtentheils nur von Kartoffeln, und verfällt daher am leichtesten dem Typhus; in Westdeutschland sind die nothwendigen gewohnheitsgemäßen Lebensmittel aber weit kostspieliger; der Arbeiter ist dort Weizenbrod, kein Roggenbrod, genießt Wein, wenn auch schlechten, statt Branntwein; mit einem Wort, es ist auf Grund des eiserne Lohngesetzes unbedingt nothwendig, daß der Durchschnittslohn sich in Westdeutschland um so viel höher stellt, als in Schlesten, weil die Bedürfnisse der Arbeiter und ihre Widerstandskraft gegen die Kapitalmacht in erstgenannter Gegend um so größer sind. Der, wie die „Nationalzeitung“ meint, genügsamste und daher gesuchteste schlesische Arbeiter ist in Wahrheit, Dank seiner Genügsamkeit, nur der geschändete, der schlechteste bezahlte.

Es liegt damit auf der Hand, daß es bloß dumme Revomage der „weisen Professoren“ und der großsprechenden Federführer der „Nationalzeitung“ ist, wenn sie sich damit brüsten, daß sie das eiserne Lohngesetz der Social-Demokraten widerlegt hätten. Die guten Leute haben augenscheinlich nirgends anders davon gelesen, als in den liberalen Zeitungswischen, welche von gleich großen Eifer, wie sie es sind, zusammengesudelt werden. Um der „Widerlegung“ unserer Herren aber noch die Krone aufzusetzen, kommt ein Beweis des eiserne Lohngesetzes durch die „Praktiker“ des „Kongresses deutscher Landwirthe“, welcher nichts zu wünschen übrig läßt, und zwar waren es gerade jene Personen, welche am grimmigsten gegen die Arbeiter zu Felde zogen, von denen — natürlich unbewußt — jener Beweis erbracht wurde.

Als die Landwirthe über das Kontraktbruchgesetz berieten und natürlich sich für dasselbe aussprachen, da erklärte ein gewisser Knauer: „Die Arbeiter sind sammt und sonders nicht zu pfänden, weil sie gänzlich besitzlos sind.“ Unter demnächstem Beifall rief alsdann der Oberappellationsgerichtsrath von Lenthe: „Die civilrechtliche Verfolgung ist in Anbetracht der vollständigen Vermögenslosigkeit der Arbeiter ein offener Hohn!“

Nun, wir denken, das ist deutlich genug gesprochen! — Ja, die Arbeiter sind arm wie Kirchenmäuse; sie haben nichts, als den kärglichsten Lebensunterhalt, und sparen daher nicht einmal genug für den Ernteloh! — Sonnenklar der Beweis, Ihr Herren, für das eiserne Lohngesetz! — Freilich schwaht man

Proudhon steht nicht an, und dies ganz rückhaltlos zu erklären. Er sagt in seinen Confessions (VII): „Für eine gewisse Zahl Führer handelte es sich um nichts weniger, als die Zusammenfassung der provisorischen Regierung zu ändern. Listen circulirten von Hand zu Hand, und Haber, mein Nachbar, im Gefängniß der Conciergerie, einer der Urheber der Bewegung, hat mir versichert, daß mein Name sich auf einigen befunden habe.“ Das war also der Gedanke, der bereits im Anfang März entstand. Es war ganz natürlich, weil er den einzigen Weg enthielt, auf dem die niedere Klasse zur Herrschaft kommen konnte.

Unterdeß drängte die Zeit. Die Bourgeoisie fing an unruhig zu werden. Die Führer des Proletariats mußten ihr zuvorkommen. Es fehlte nur ein Anlaß; der fand sich bald.

Die alte Form der Nationalgarde war, wie gesagt, aufgelöst. In ihr hatte es Eiltcompagnien gegeben, die mit Wärenmützen versehen waren und die sich gegen diese Auflösung in die neuen Cadres sträubten. Diese zogen am 15. vor das Hotel de Ville und forderten, obwohl unbewaffnet, daß man sie befehlen lasse. Es gelang den Vorstellungen der Regierung, sie zu beruhigen und zum Nachgeben zu bringen. Sie zogen ab.

Sofort verbreitete sich das Gerücht in Paris, daß die „Varenmützen“ die provisorische Regierung angegriffen, daß sie namentlich gegen die Mitglieder der Linken in der Regierung sich erklärt hätten. Die Clubs erhoben ihre Stimmen zugleich für Verlegung der Wahlen. Die Mitglieder der Nationalgarde sahen gern, daß jene Eiltcompagnien vernichtet wurden; sie hielten sich zurück. Die Arbeiter dagegen und die Mitglieder der Clubs traten zusammen. Am Morgen des 17. März versammelten sich alle Elemente des Proletariats auf dem Marsfelde zu Tausenden und aber Tausenden. In dem von und zuvor veröffentlichten Schreiben Blanqui's geht derselbe auf diese Demonstration näher ein. Die Stadt, waffenlos und offen, lag in athemloser Stille. Die provisorische Regierung saß auf dem Stadthause; Alles war in tiefster Spannung. Endlich zog der gewaltige Zug heran; niemals hatte Paris Ähnliches gesehen. Hundert und fünfzig Tausend Menschen, in einzelnen Compagnien von 5—600 Mann abgetheilt, marschirten vom Champ de Mars herbei; voran die Clubs mit ihren Fahnen, dann die Arbeiter, zehn bei zehn; ohne

nar dann so aus der Schule, wie es sich um Kontraktbruchgesetz handelt, nicht aber, wenn die Sparflöhe geblieben sind.

„Offenbarer Hohn“ ist es — so sprach der gelehrte Redner, wenn gesagt wird, daß der Arbeiter nicht „vollständig vermögenslos“ ist! Recht Euch das, Ihr Arbeiter, merkt Euch das: alle süßen Phrasen, daß Ihr sparen könnt, daß Ihr ein Vermögen erwerben könnt, sind — Junge ist der Herr Oberappellationsgerichtsrath von Lenthe — offener Hohn! Ueberlegt Euch dann aber auch ferner, ob es nicht Eure heiligste Pflicht ist, energisch mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu streben, Zustände herbeizuführen, unter welchen das Wort Volkswohlstand nicht „offenbarer Hohn“ ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März

In dem sogenannten „Kulturkampf“ zwischen der preussischen Staatsregierung und den Ultramontanen ist es zu einem neuen Schärpung gekommen. Als Antwort auf die päpstliche Bulle vom 5. Februar hat die preussische Regierung einen Entwurf im Landtage eingebracht, wonach für sämtliche Bisthümer und Erzbisthümer vom Tage der Verkündigung des Gesetzes ab, die gesammten Zahlungen von Staatsgeldern eingestellt werden. Nur dann sollen die Zahlungen wieder erfolgen, wenn der betreffende Bischof oder Bisthumsverweser der Staatsregierung gegenüber durch schriftliche Erklärung sich verpflichtet, die Staatseinkünfte zu bezifern.

Die Kriminallfälle im Bezirk des Berliner Kreisgerichts nehmen in erschreckender Weise überhand. Den sichersten Maßstab dafür bietet die getroffene Anordnung, daß von der nächsten Woche an zu den jetzt bestehenden drei Sitzungstagen der Kriminalsekretariat noch ein vierter hinzutreten wird. Vor kaum 10 Jahren genügte ein Audienztermin, der Sonntagsabend. — Das sind die Folgen von der wahnstänigen Produktionsweise, welche in Deutschland und besonders in Berlin florirt — Uebermuth auf der einen Seite, Roth und Elend auf der andern; die höchste Korruption in den Kreisen der höheren Gesellschaften, die auch ihre Schlag Schatten nach unten werfen.

Man klagt allgemein in Berlin über den langsamen Geschäftsgang an dem Stadtgericht. Die „National-Zeitung“ bringt dazu eine treffende Illustration: „In Folge meiner am 6. Februar d. J. eingereichten Mandatsklage wurde dem Beklagten am 13. Februar per Mandat aufgegeben, mich binnen 12 Tagen zu befriedigen oder Einspruch zu erheben. Beklagter hat nun am 27. Februar den Einspruch angemeldet, worauf das Stadtgericht einen Termin zur Klagebeantwortung auf den 10. April, also nach 6 Wochen, ansetzte. Bei einem Bagatelprozeß also 6 Wochen! Diefelbe Kalamität scheint auch beim hiesigen Kreisgericht obzuwalten, denn ein bei demselben am 3. Januar er. eingereichter Prozeß (Mandatsklage) hat auch bis heute seine Entscheidung nicht gefunden, trotzdem vom Beklagten nicht der geringste Einwand erhoben worden. Daß bei solchem Gerichtsverfahren die Interessen des Publikums ganz enorm leiden, ist wohl unabweislich.“ — Daß das Stadtgericht überhäuft ist mit solchen Prozeßen, muß aber hier erwähnt werden, dadurch ist der langsame Geschäftsgang erklärlich. Die vielen Prozeße aber bezugten die Unrechtheit, welche unter der Handelsreibenden und besitzenden Gesellschaft herrscht, auf das Schlagendste.

Daß ein Krieg wieder vor der Thür steht, und in welchem Deutschland verwickelt sein wird, geht aus folgender kaiserlichen Verordnung hervor. Diefelbe betrifft das Verbot der Ausfuhr von Pferden, ist vom 4. März datirt und hat folgenden Wortlaut: „§ 1. Die Ausfuhr von Pferden ist über sämtliche Grenzen gegen das Ausland bis auf Weiteres verboten. § 2. Das Reichskanzleramt ist ermächtigt, Ausnahmen von diesem Gebote zu gestatten und etwa erforderliche Kontrollmaßregeln zu treffen. § 3. Gegewärtige Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Gegeben Berlin, den 4. März 1874. (L. S.) Wilhelm. Fürst v. Bismarck.“

Aus Schleswig-Holstein bringen liberale Blätter Mittheilungen über die Vernichtung des mittleren und kleinen Grundbesitzes durch Wucher der schamvollsten Art. Daraus, daß die Liberalen die Sache nicht todtschweigen, können wir

Geschrei, ohne Ras, in größter Ordnung kam es heran; der ganze Zug stand vom Gröbroy bis weit hinein in die Ehsälischen Heiden. Die Häupter der Clubs traten an das Gitter des Hôtel de Ville; die Marceillaise ward angestimmt; endlich traten die Führer der Clubs in das Stadthaus hinein, unter ihnen vor Allen Barquis, Barbès, Lacambre, De Flotte, Sobrier, Cabet, Raspail, Lucien, Michelot, Longepièr, Ledret, Langier, Danse. Die Regierung war versammelt; Dupont de l'Éure hatte den Vorst.

Was fordert ihr, Bürger? fragte er. Blanqui nahm das Wort und forderte im Namen des Volkes die Aussetzung der Wahlen und die Entferrnung der Truppen von Paris. Der Unmuth ergriff die Mitglieder der Regierung; bei Ledru-Rollin und Louis Blanc trat die Berechnung hinzu. Sie sahen, daß dieses Auftreten des Volkes bereits nicht mehr ganz ihnen, sondern wesentlich den Führern der Clubs gehörte; sie fühlten jetzt, daß sie von diesem Volke noch weniger als ihre jetzige Stellung zu erwarten hätten. Ledru-Rollin sprach darum sich zuerst aus; er sprach gegen jene Anträge. Er wußte, was er selber von der Proletarierherrschaft zu erwarten haben werde. Und jetzt kam die Reihe an Louis Blanc. Noch einmal schien er die Macht zu haben, sich der Masse in die Arme zu werfen und die sociale Diktatur zu erzwingen. Aber da ergriff ihn zum zweiten Male die Furcht, und statt für jenes „Volk“ aufzutreten, sprach er in langer Rede gegen die Forderungen der Deputation. Er bewies noch einmal, daß er kleiner sei als seine Stellung. Die Deputation, die in diesen beiden Männern eine Hauptstütze gehofft hatte, stand geschlagen; eine lange Rede von Lamartine folgte; der ganze Plan war gescheitert — so schreibt Stein nach der Auffassung der damaligen Bourgeoispressen. Blanqui freilich erklärte bestimmt, daß die provisorische Regierung Alles bewilligt habe, um später ihr Wort zu brechen. Die ganze Masse zog dann, ohne recht zu wissen, was vor sich gegangen, unter dem Stadthause vorbei; die ungeheure Demonstration verließ sich. Das war der damals so viel berühmte Tag des 17. März. Er schien ohne alle Folgen zu sein.

Und doch war sein Erfolg ein ganz ungemeiner. Einerseits hatte er bei den Führern des Proletariats die

erhalten, daß die Frage im höchsten Grade brennend sich gestalten muß. In jenem Berichte wird dies auch zugegeben. — „Eine wahre Landplage“, so heißt es daselbst, „sind die sogenannten „Stellenschlächter“, Geschäftsleute, die hier zu Lande kleinere oder größere Bauernhöfe ankaufen, um sie in kleinen Stücken wieder zu verkaufen. Die Art und Weise, wie diese Geschäfte in vielen Fällen gemacht und durchgeführt werden, hat schon seit Langem nicht nur die Aufmerksamkeit unserer Provinzialblätter, sondern auch die der Staatsanwaltschaft auf sich gelenkt. Es sind Fälle bekannt, in denen Landleute durch die Käufer um ihr gesamtes Hab und Gut und an den Bettelstab gebracht worden, ohne daß Staatsanwaltschaft und Gerichte die Urheber des Ruins dieser Leute fassen konnten, denn die Schlaueit und Geschäftsdouline der letzteren ist meist zu groß. Das Verfahren der „Stellenschlächter“ ist durch eine jüngst in Zuehor stattgefundenen Schörrichter-Vorhandlung, der Landleute aus allen Gegenden der Provinz bewohnten, in einer Weise aufgedeckt worden, die allen Bauern verständlich sein wird. Auf der Kallagebank saßen nämlich die „Stellenschlächter“ Pöfel Levin, Markus Hirsch Markwald und Pech Wofes aus Berlin, sämmtlich angeklagt wegen Wechselfälschung. Der Staatsanwalt unterließ nicht, auf die schwindelhafte Art und Weise hinzuweisen, wie bei der Stellenschlächtereit verfahren werde, und besonders auf die „Halsabschneiderverträge“, die bei diesen Parzeilungsverkäufen abgeschlossen zu werden p. egen.“ — Diese Schlinge ist nicht nur deswegen so interessant, weil aus derselben erhellt, wie der Wucher die schamlosesten, an's Verbrechen streifenden Mordverbrechen ausführt, sondern auch, weil klar daraus erhellt, daß der kleine Grundbesitzer, mit der Wucherfälschung um den Hals, unanmöglich existiren kann und daß P. zellen von Grundstücken nur zum Bankrott der Käufer führt, deren wenige Sparpennige sammt den Grundstücken von den wuchernden Stellenschlächtern wieder verschlungen werden.

* Zum Kapitel der Preceptile können wir noch ein famoses Stückchen bringen, welches auf dem Kongreß deutscher Landwirthe enthielt wurde und um so interessanter ist, als es die Preceptilwirtschaft der „Nationalzeitung“ unter der Regide des vielbelobten Zabel charakterisirt. Auf jenem Kongreß gab der Herr von Dieß-Daber folgende Erklärung ab: „In der kleinen Schrift (Seldmacht und Socialismus) hatte ich auch die Macht der Börse charakterisirt und dies hatte wohl die Folge, daß die Kritiken der von der Börse inspirirten Blätter nicht besonders günstig ausfielen. Ich erhielt eine kleine Blumenlese dieser Kritiken eingesandt, und es schadet ja auch nichts, wenn ich in manchen derselben schlecht fortkam, denn dafür rührt ja eben die Offenbarkeit. Unter Anderem hat die „Nationalzeitung“ ihr Urtheil dahin präfigirt: „daß kein einziger Gedanke in meiner Schrift zu finden und dieselbe überhaupt nur als ein Ausfluß des Junkerthums zu betrachten.“ Da ich Anfangs Oktober v. J. gerade in Berlin war, giug ich zu dem Chefredacteur der „Nationalzeitung“, Herrn Dr. Zabel, hin, um von ihm Auskunft über die Möglichkeit und Entstehung einer solchen Kritik zu erbitten. Ich muß ausdrücklich hervorheben, daß er sofort auf meine Fragen einging und mir ohne Rückhalt und ohne mir irgend eine Discretion aufzulegen, sogleich zugab, daß jene Kritik unbedeutend sei, und daß er Remedur eintreten lassen wolle. Er bat mich dann aber auch, in Erwägung zu ziehen, in welcher Lage er sich befinde. Er habe keinen Unterredacteur, der nicht abhängig von der Börse sei und dem er daher eine solche Kritik über eine Broschüre, welche die Seldmacht angreife, unvertrauen könne. Er habe bis vor Kurzem geglaubt, einen zu haben (er nannte hier den Namen des betreffenden Herrn), leider sich aber überzeugen müssen, daß auch dieser eben so abhängig von der Börse sei. Trotz jenes Versprechens ist aber eine Remedur hinsichtlich jener Kritik, in welcher das obige wegwerfende Urtheil zurückgenommen worden wäre, später nicht eingetreten. Ich schrieb später noch einmal deshalb, erhielt aber keine Antwort.“ Auf diese Erklärung hin gab es einen gewaltigen Lärm in der Börse. Insbesondere protestirte die „Nationalzeitung“. Aber was half es ihr! Es ward nichts weiter berichtet, als daß die Remedur der unbedeutendsten Kritik“ in einer Aufzählung des Inhalts der Broschüre des Herrn von Dieß-Daber bestanden haben soll. Was demnach von der ganzen Zabel-Garde zu halten ist, mag sich ein Jeder selbst ausmalen.

Überzeugung hervorgerufen, daß weder Ledru-Rollin, noch Louis Blanc die Männer seien, deren sie zu einer socialen Diktatur bedürften. Von diesem Tage an schreift sich der Starz Louis Blanc's in der Meinung der Arbeiter. Es hatte einen tiefen Sinn — so schreibt Stein — daß bei seinem Herausgehen aus dem Stadthause einer der Arbeiter mit wüthender Gekrde auf Louis Blanc zustrzte, ihn erfaßte und andrief: „Du bist auch ein Verräther, Du auch!“ Und Louis Blanc fühlte es selber wohl, daß er zum zweiten Male aufgegeben, als er für die übrigen Mitglieder der provisorischen Regierung stimmte — auf die Gefahr, sich mit ihnen zu verdecken. Wenig nützte es, daß am 19. März das ganze Gouvernement sich, gleichsam um Louis Blanc seinen Dank abzusatteln, im Luxemburg einband; das war im Grunde nur die Lichtfeier der Konferenzen des Luxemburg und des gouvernementalen Socialismus. Die Niederlage des Ruhms dieser beiden Männer war entschieden — aber mehr noch, das Proletariat hatte sich zwar als eine suchtbare, aber zugleich als eine überclasslose Masse gezeigt. Es konnte von jetzt an auf einen Sieg über die Bestehenden nicht mehr hoffen.

Andererseits dagegen hatte dieser Tag den Besizenden den ganzen Ernst der Lage enthüllt. Sie sahen von da nicht mehr, wie bisher, eine wilde Masse von Klubs und Selten, sie sahen eine gewaltige Einheit in der Klasse der Nichtbestehenden gegen sich anstreten, die jeden Augenblick zum Aufrufen gelangen konnte, sobald ein entscheidener Mann an ihre Spitze kam. Jetzt war es hohe Zeit, auch ihrerseits sich als ein Ganzes zusammenzufassen und zu entschließen aufzutreten. Die Roth machte sie entscheiden; und einmal von dem Bewußtsein des Gegenlages der Klassen erfüllt, traten sie mit wachsender Bestimmtheit gegen jede Bestrebung des Proletariats auf. So ward jener Tag, indem er das Proletariat seiner Führer berandete, zugleich die Grundlage der Einheit in der ganzen Bourgeoisie. Von jetzt an mußte sich die Frage nicht mehr auf dem Gebiete der Institutionen, sondern des socialen Kampfes entscheiden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Coblenzer Zeitung schreibt: „Der 'Deffentliche Anzeiger' unseres Regierungsamtsblattes enthält in seinen Nummern 3 bis 8 wieder 11 Steckbriefe gegen Defectoren der in Dienst stehenden Armeen und 42 Steckbriefe gegen Reservisten und Landwehrleute.“ — Das Landsturmgesetz, welches die Dienstpflicht um 10 Jahre verlängert, scheint schon gute Früchte zu tragen.

Zum Kulturkampf. Von Kuisberg wird gemeldet, daß am 3. März nach zweitägiger Verhandlung der Angelegenheit wider die 85 wegen einfachen Landfriedensbruchs angeklagten Personen, welche sich bei der Daedmann-Revolute am 6. Juli v. J. betheiligten, die Kriminaldeputation des Kreisgerichts auf Strafen von resp. 8, 6 und 4 Monaten Gefängnis gegen sämtliche Angeklagte erkannte. — Aus Trier schreibt man, daß der Kaplan Anheier, nachdem er eine dreimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt, per Gensd'arm über die Grenze transportiert wurde.

Vereins-Theil.

Parteisogenoffen! Gedankt der Gemahregelten. Wohl wissen wir, daß gegenwärtig die meisten Arbeiter durch die Kapitalmacht gemüthigt sind, daß deshalb die Unterstützungsgaben geringer fließen; aber die Widder in den Gefängnissen und ihre Familien müssen unterstützt werden. Die Beiträge sind an Hrn. Vater, Hamburg, Hinter den Häuten 35, zu senden.

Die auf den 6. dts. angesetzte Termin gegen die Parteigenossen Derossi und Radkow, wegen angeblicher Fortsetzung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, ist auf den 18. März vertagt worden, da der Staatsanwalt erst noch Beweismaterial herbeischaffen will.

Kyburade, 3. März (Bewerthung.) Am 4. Oktober v. J. legte der Staatsanwalt Berufung ein gegen das Urtheil des hiesigen Amtsgerichts vom 24. September wider die Unterzeichneten. Am 13. Januar d. J. fand der Termin vor dem Kreisgericht zu Herten a. St. statt. Das Urtheil lautete auf 5 Tage in Haft oder einen Tag Gefängnis wegen Uebertretung der §§ 8 und 16 des Vertriebsgesetzes, sowie Trägung der Kosten. Dem Parteigenossen für die und in Teil gewordene Unterstützung unsern besten Dank. A. Drews, C. Johannes.

Barmen, 5. März (Verhaftung und Freilassung.) Parteigenosse J. Wolf war am 25. Januar auf einer Agitationsreise verhaftet worden und wie ein gemeiner Verbrecher in Ketten geschlossen nach Glesse geführt, wo er mit allerhand Gefindel zusammen eingesperrt wurde. Am 18. Februar wurde er jedoch gegen Kaution freigelassen und am 5. März von dem Justizpolizeigebiet in Glesse auf die Anklagen §§ 130, 151 und 166 des St.-G. freigesprochen.

Boddenheim, 27. Febr. (Prozesse.) Am Freitag, den 12. März, sind die Arbeiter G. Müller, K. Müller und Chr. Wichner vor Gericht geladen, um sich über die ihnen zur Last gelegte Leitung eines Polizeireviers des Allg. deutsch. Arb.-Vereins zu verantworten. Ferner sind drei weitere Mitglieder genannten Vereins R. Maas, K. Deller, W. Fischer, M. Schütz je ein Strafmandat von 16 Mark und Unterzeichnetem ein solches von 31 Mark 50 Pf. ausgestellt worden wegen Verhinderung an einem geschlossenen Verein. Gegen Richter haben die Betroffenen den Beschwerdenweg angetreten. G. Müller.

w. Köln, 21. Februar. (Ultramontanes und Liberales.) Als Vorkämpfer seiner Zeit die beachtenswerten: „Köln und Breslau sind realistische Arbeiter“ entließ, hätte Niemand es für möglich gehalten, daß sie es bis zum heutigen Tage hätten widerstanden. Was mindestens die Arbeiterbewegung anbelangt, so steht „unser heiligstes Köln“ von fast allen Städten abgesehen einzig da, insofern einzig, als trotz der großen Opfer und Anstrengungen, die hier gemacht sind, verhältnismäßig noch nichts erzielt ist, was uns allerdings nicht abhalten soll, weitere Versuche zu machen, die Arbeiterbewegung für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Die Reaktion treibt hier — von Pfaffen und Nationalliberalen getrieben — immerhin noch schöne Blüthen. Wie sollte es aber auch anders sein bei einer Bevölkerung, die bereit ist, jeden Augenblick für jeden religiös-dogmatischen Schwindel in den Tod zu gehen. Man sollte es kaum für möglich halten, und doch kann Schreiber dieses beweisen: es giebt Leute hier in Köln, die den heiligsten Ehr darauf schwören, daß Soule Latzen, die Stigmatisirte in Bois d'haire, bereits zwei Jahre nichts gegessen hat, daß sie nur von dem täglich geschickten Holiensäulen lebt und dabei regelmäßig jeden Freitag Blut schwitzt! Gegen Dummheit soll man kein Kraut gewachsen sein. — In einer am 14. Januar im Oberrhein abgehaltenen ultramontanen Versammlung, postierte es, daß, hanne lieber Eiser, der Landtagsabgeordnete und Doktor Richter aus Köln eine Resolution annehmen ließ, die ungeheuer folgenden Sinn hatte: „Die Kinder sollen, wenn sie einen gewissen Erfolg ausgenommen, mit 11. Tage und schreiben im Jähren, aus der Schule entlassen werden.“ Wahrscheinlich deshalb, um die armen Kinder einem ultramontanen Ausbeuter in die Hände hincinzujagen. Das war nämlich die Resolution, der die Eltern hatte, der Versammlung eine solche Resolution zu empfehlen! Diese Resolution wurde denn auch angenommen. Zur Abschätzung hatten denn heute im nämlichen Saale die Herren Liberalen vom „Deutschen Verein“ eine sogenannte Generalversammlung abgehalten. Als der Herr von Sybel als Referent nicht erschien, erledigte der Schriftführer (Professor J. Held wenn ich nicht irre) einen Jahresbericht über den Kulturkampf. Er requirte darauf, daß in der Rheinprovinz 20,000 Mitglieder in 142 Orten wären; diese 20,000 Kulturkämpfer hätten an Beiträgen für das vergangene Jahr — was ich gern glaube — 30,000 Mark aufgebracht. Davon wären 15,000 Mark für die Agitation verwendet und 20,000 Mark wären noch in der Kasse für die nächste Reichstagswahl. Diese Nationalen, die doch gewöhnlich über unsere Agitatoren schimpfen, legen sich nun auch b' möglich, Agenten für ihre Agitation zu werden. Sov der Hand haben sie nun den Professor Dr. Meißner gewonnen. Des Weiteren vertrat sich der Herr Professor über den Kampf gegen den Ultramontanismus, als den „mächtigen Gegner von Kaiser und Reich!“ Gegen die Social-Demokraten will der Deutsche Verein nicht kämpfen, da die Social-Demokratie im Müßiggang sich bestanden sollte. Woan nun der Rückgang der Social-Demokratie sich eigentlich herleitet, sagt er uns nicht? Der Herr Professor führte nun weiter aus, daß die Social-Demokraten einen weit leichtereren Kampf hätten — was ich auch gern glaube — und zwar deswegen, weil sie als „Reichsfeinde“ in enger Opposition aller Vertriebenen und Nichts aufbauen, sondern Alles umfassen wollen. Gätte ich in der Nähe des Herrn Professor mich befinden, so hätte Jeder glauben können, er hat offenbar Petroleum gerochen. Ich weiß nun nicht, von wem er sich den Eifer hat aufzubringen lassen, „von dem Alles ruhmlos.“ Ein Mann aber, der Professor in Bonn ist, der Nationalökonom sein will, sollte besser wissen, was die Social-Demokratie erstreckt, und wenn er es nicht weiß, so mag er es sich ein für alle Mal gesagt sein lassen: Wir wollen einen freien Staat, gegründet auf Gerechtigkeit, auf Freiheit und Brüderlichkeit; einen Staat, der alle seine Bürger gleich arbeiten und gleich genießen läßt, der ihnen neben gleichen Pflichten auch gleiche Rechte sichert. Einen Staat also, Herr Professor, der alle Arbeiter ausreichend ernährt und alle Familien zur Arbeit zwingt. Also einen Staat, in dem keine Kinder, keine Waisen, keine Heimbildungs, keine bezahlten Beschäftigten, die ihre Stellung Jedem für Geld verkaufen, die Wesen werden können, keine Geschichtschreiber und Geschichtschreiber. Kurz, es ist dies der Staat, wie er sein soll, worin die Müßiggänger absolut unmöglich sind, worin die Weisheit und Fähigkeit regiert nicht der Tugend. Doch zu unserer Versammlung zurück. Nach der schönen Predigt des Herrn Professor kam wieder ein Professor an die Reihe und zwar Herr Rucemann, der sich nun dadurch demerzte machte, daß er die Franzosen in allerhand zusammengelegten satyrischen Phrasen als wahrhaftige Ungeheuer ohne Bildung, roh und selbsthätig hinstellte. Der gelindeste Franzosenfeind hätte es nicht besser machen können, dabei natürlich kamen die Pfaffen auch jämlich auf weg. Als nun Herr Rucemann seinen Vortrag abgelesen hatte, kam unter dem Namen und Ritter verschiedener Orden, Staatsrath und Hofrath Klassen-Ruppelmann daran, welcher uns denn nun die so oft ge-

hört und zugeworfenen Phrasen von „Kulturkampf“ gegen uns und die Versammlung durch incommmodiren wollte, so verließ ich den Saal und schrieb dieses.

Reiffen, 23. Febr. (Volkserversammlung.) Am 22. Febr. hielten wir im Schützenhause eine Volkserversammlung mit der Tagesordnung ab: „Das Arbeiterrecht im Goldgrube bei Reiffen und das Postfachrecht.“ Nach der Bureaupost sprach Herr Ziemer als Referent das Wort. Nachdem sprach Herr Zimmermann U. über das Unglück und Schicksale, wie schicksalhaft es bei der Rettung der Arbeiterinnen zugegangen sei; nicht einmal sei eine Leiter zur Hand gewesen. Außerdem ergriß nach Herr Ziemer aus Dresden das Wort zur Tagesordnung. Zum Schluß wurde von der Versammlung noch das Bureau beauftragt, den Reichstagsabgeordneten Richter aufzufordern, vor den Wählern Bericht zu erstatten.

Freiburg i. B., 27. Febr. (Versammlung.) Sonntag, den 21. Febr., verließen wir eine Versammlung beider social-demokratischen Richtungen ein mit der Tagesordnung: „Die Vereinigungsbestrebungen der Social-Demokratie.“ Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute bei Epple tagende Versammlung der Social-Demokraten beider Richtungen spricht sich dahin aus, daß sie sich mit den bisherigen Einigungsbestrebungen vollständig einverstanden erklärt; denn Einigkeit macht stark. Mit social-demokratischem Gruß. Chr. Wagner.“

Freiburg i. B., 27. Febr. (Versammlungsbericht.) „Die Social-Demokratie und ihre Gegner“, so lautete die Tagesordnung einer Versammlung, die wir am 22. dts. abhielten und wofür Herr Kner trefflich referirte. Zum Schluß sprach Herr Radenkhausen sich unter Anderem über das Bankjahr aus. J. Glismann.

Bornheim, 1. März (Versammlung.) Oskar Reind referirte uns unser Freund Carl Klein durch einen trefflichen Vortrag. Die Tagesordnung war: „Die heutige Produktionsweise und ihre Folgen.“ Referent gab somit auch ein treffliches Bild von der jetzigen Arbeitsweise und dem großen Krad. Bezüglich wurde gesagt, als Herr Klein folgendes erzählte: Ein Franzose sagt zu einem Deutschen: Wir Franzosen sind groß, wir haben 5 Milliarden Reichthalen und haben nichts davon verspärt, woraus der Deutsche antwortete: Wir sind noch größer: Wir haben 5 Milliarden bekommen und haben nichts davon verspärt. Carl Gerlach.

Ottensen, 12. Febr. (Versammlungen.) In der Volkserversammlung vom 27. Januar sprach Herr Richter in einem längeren Vortrage über das Programm der deutschen Social-Demokratie. Referent forderte zuerst den freien Volksstaat und betonte dabei das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung. Er bewies dann die Wichtigkeit der social-demokratischen Arbeiterbewegung und gab eine treffliche Charakteristik der Worte „National“ und „International“. Die social-demokratische Bewegung vom juristischen und rechtlichen Standpunkte aus betrachtet, bildete einen weiteren Theil des Vortrages. Mit der Unterstützung der stützlichen Seite und Bedeutung des Socialismus schloß Referent seinen mit ungetheiltem Beifall aufgenommenen Vortrag. — In der Volkserversammlung vom 1. Februar sprach Herr Radenkhausen über das Schlußwort. Referent überlegte unter großem Beifall die Ursachen der Bildungspostel in der Landwirtschaft über das Schlußwort. Mit social-demokratischem Gruß. Henningsen.

Hamburg, 26. Febr. (Bericht.) Zahlreiche und wertheilvoll gut besuchte Versammlungen haben in der letzten Zeit unseren Gegnern gezeigt, was es mit dem „Reichthum“ der Social-Demokratie auf sich hat. Besonders hervorzuheben ist aber die am 20. dts. hier abgehaltene Volkserversammlung. Den ersten Punkt der Tagesordnung, „Nationalrecht und Klassenkampf“, erledigte Herr Saal aus Berlin unter öftern u. Beifallsbezeugung der zahlreich erschienenen. Auch Herr Lempel sprach nach dem Referat sehr energiegeladene Worte. Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: „Das Landsturmgesetz und der Reichstagsabgeordnete Grunp-recht.“ Referent war trefflich eingeladen, aber statt seines Besuchs erschienen wie ein Schwarm die Jubelst, daß es jedenfalls „nein“ sei, einen Abgeordneten zu Wählern einzuladen, von denen ihn doch wohl keiner gewählt. Herr Steffens sprach ausführlich über die Nachtseite, die dem arbeitenden Volke aus dem Landsturmgesetz erwachsen, und kritisierte das Verhalten Grunp-rechts demselben gegenüber. Eine Resolution, die das volle Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen des Referats betonte, wurde einstimmig angenommen. Mit social-demokratischem Gruß. Fritz Seib.

Hagen, 24. Febr. (Versammlungsbericht.) Sonntag, 21. dts., hielten wir eine Volkerversammlung hier selbst mit der Tagesordnung: „Der Arbeiterkampf von Febr. Referat“ ab. Referent war J. Lubl. Referent erledigte seine Aufgabe unter Beifall der Versammlung. Er giff die wichtigsten Punkte aus dem Arbeiterkampf heraus und kritisierte dieselben in verständlicher Weise, so daß dem alten einseitigen Robbetecksticker Hartort wohl die Lust vergehen wird, einen zweiten „Arbeiterkampf“ herauszugeben. Unter dem Range der Maximaliste trennte sich die Versammlung. R. Schrad.

Glanhofen, 4. März (Versammlung.) Mit welcher Sympathie hierort die Vereinigung begrüßt wird, hat zum Theil schon ein Bericht von einer beiderseitigen Versammlung bewiesen. So wurde auch der demigende Wunsch ausgesprochen, daß der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins in einer Volkserversammlung einen Vortrag halten möge. Da aber Herr Diebartsch den 20. Februar einen Vortrag halten wollte, so wurde nun sich darüber einig, daß die Versammlungen nicht so schnell aufeinander folgen sollten. Trotzdem das Lokal schon gemietet war, trat Herr Diebartsch zu Gunsten des Herrn Hansen zurück, und nun fand eine gemeinlichliche Volkserversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Die Vereinigung der beiden social-demokratischen Arbeiterfraktionen am der deutsche Reichstag.“ Herr Hansen referirte trefflich über seine Aufgabe nach allen Seiten zur vollständigen Zufriedenheit und unter großem Beifall. Referent betonte hauptsächlich, daß es nur zu wahr sei, daß alle Parteien der Social-Demokratie gegenüber eine einzige reaktionäre Masse seien. Am ehesten habe es sich im Reichstage bei Reclamation der Reichsboten, welche sich in Gefangenenschaft befinden, gezeigt. Als die Social-Demokraten den Antrag gestellt hatten, die verurtheilten, welche sich im Gefängnisse befinden, während der Dauer der Reichstagsarbeiten zu entlassen, stimmten alle anderen Parteien dagegen. Als aber Herr Hansen verhandelt worden sei, hätten alle Parteien für Entlassung, trotzdem er ein „Schwarzer“ sei, gestimmt. Auch wurde das Kontrahiergesetz von Referenten einer scharfen Kritik unterzogen, desgleichen das Landsturmgesetz. Zur Vereinigung hat Referent das neue Programm vor und erläuterte Punkt für Punkt unter allgemeinem Beifall. Herr Helm dankte sodann den Kommissionen für ihre Arbeit und bemerkte, daß das Programm jeder Social-Demokrat unterzeichnen münte. Herr Reich und Herr Hansen bejaht das frige Besuchen der National-Vereine in den Volkserversammlungen und das gleichzeitige Besuchen in der Presse. Herr Franz plaidirte für frei: Volksschulen und bekämpfte energisch die heutigen Kassen- und Klassenfragen. Ein Bauunternehmer meldete sich, was seit Jahren nicht der Fall war, zum Wort und empfahl den Arbeitern Sparsamkeit, stellte sich als Hüter hin, indem er sagte, daß er auch nichts geholt und sich emporgeschoben habe, er esse heute noch Herbig und Kartoffeln u. s. w., wurde aber von den Herren Hansen und Albert gründlich heimgelacht. Der Vorsitzende, Herr Schäfer, schloß die Versammlung mit der Aufforderung, auf den „Neuen Social-Demokrat“ und den „Volksstaat“ zu abonnieren und in die Partei einzutreten. Allen Rednern, außer dem Bauunternehmer, wurde ungetheiltes Beifall zu Theil. Mit social-demokratischem Gruß. Wilhelm Steiffert.

Grafenberg bei Düsseldorf, 23. Febr. (Versammlungsbericht.) Sonntag, den 21. dts., hielt der hiesige Ortsverein der Maschinenbauer eine Versammlung ab, zu welcher auch Nichtmitglieder Zutritt hatten. Auf der Tagesordnung stand u. A.: Vortrag. Dr. Kohn, Redakteur der „Düsseldorfer Zeitung“ war eingeladen, diesen Vortrag zu halten, was er aber, nicht zu erwidern. Statt seines kam ein anderer Herr, Namens Wächter, welcher sich durch einen Brief als Abgesandter des Herrn Dr. Kohn legitimirte. Herr Wächter hielt nun einen Vortrag, oder besser gesagt, eine Vorlesung über: Das tolle Meer und Sohom und Gomorra. Er begann mit den biblischen Bildungsgeschichten und empfahl als hauptsächlichste Bildungsmittel auch das Lesen, (auch Sohom und Gomorra?) erwähnte, daß er selbst an den Ufern des todtten Meeres gewesen, das Wasser gestank und sogar mit einem Boot über dasselbe gefahren sei. Zum Schluß dankte er Gott, daß er ihm kein solch solofastes Ungeheuer von Weib beschert habe, wie Lot's Frau gewesen sein müsse, da die Salzfüste, welche nach der Bibel Lot's Weib darstellt, 40 Fuß hoch sei. Nach diesem „geistreichen“ Vortrage meldete sich unser Parteigenosse Kuhner zum Wort und kritisierte mit scharfen Worten das Gebahren dererigen Volksbegleiter, bemerkte u. A., daß, wenn sich die Arbeiter versammeln, um über ihre traurige Lage sich zu besprechen, — es sollte in der Versammlung auch über die Arbeits- resp. Lohnverhältnisse in der hiesigen Lokomotivfabrik Dohsen gesprochen werden, — daß dann die Sprecher der Bourgeoisie und wir ihnen im Grunde ein vom Repäsentant abhängiges Propagandum

überbringen, und daß es nicht Bildung sei, was man dem Arbeiter predigen, sondern Verblöschung. Referent führte dann aus, daß es dem Arbeiter erst dann gelingen werde, sich wahre wissenschaftliche Bildung anzuverschaffen, wenn er die Verbesserung seiner Lage selbst in die Hand nehmen, und dies auf dem Wege der Selbstthätigkeit zu erreichen strebe. Die Versammlung sollte dem Herrn Kuhner lebhaften Beifall, während Herr Wächter nicht den Mund halten, auch nur ein Wort auf die Ausführungen unseres Parteigenossen zu erwidern. Mehrere Abwesende aus den „Neuen Social-Demokrat“ wurden gewonnen. J. D.

Gleichen, 1. März. (Versammlung.) Am 10. Februar referirte Herr Wert aus Wilmar eingehend unter Beifall über die Tagesordnung: „Wie ist es gekommen, daß die Wähe so gehäufte sind? Wie sind sie zu haben? Wie sind sie den Verhältnissen gemäß zu erhalten?“ Hieran sprach Herr Wagner zur Enderarbeit in den hiesigen Fabriken. Der Referent hatte jedoch nur einige Worte gesprochen, so entzog schon der überwiegende Beifall der Versammlung dem Wort und erklärte die Versammlung für geschlossen. W. Spreling, L. Wagner.

Waldheim, 27. Februar. (Versammlung.) Gestern Abend fand eine gut besuchte Versammlung, in welcher E. Klein über das Thema: „Recht und Recht“ trefflich referirte, hier selbst statt. Mit social-demokratischem Gruß. O. Müller.

Hamburg, 2. März. (An die Malergesellen Deutschlands.) Ich mache alle Kollegen in ihrem eignen und unserm Allen Interesse auf eine wichtige Sache aufmerksam. Ein deutsch-hiesiger Beizugsverein unserer Gewerke, in hiesigen Rathen, welche hier einen unbedeutenden Verein bilden, haben, um auch von sich reden zu machen, die Einrichtung getroffen, an verschiedenen Bahnhöfen des deutschen Reichs Plakate zu senden, die dort angeschlagen werden, und auf welchem die Masse ihrer Arbeit-nachweisedeurens sich befindet. Da wir einer derartigen Aktion nicht entgegenzutreten können, da selbstverständlich ein derartiges Plakat von unserer Seite aus gefandt von keiner Eisenbahnverwaltung weder angenommen noch angeschlagen würde — dann wir sind ja eben nur Arbeiter — so möge sich Jeder vor diesen Plakaten in Acht nehmen, und nach wie vor nur unser Arbeit-nachweisedeurens: Höhe Reichs 30, Stadt Kiel, allein in Anspruch nehmen. Mit beifälligenem Gruß. S. J. Levin, erster Vorsitzender des Vereins der Hamburger Malergesellen.

Hamburg, 2. März. (Allg. deutsch. Schiffszimmererverein.) Kameraden! Hiermit mache ich Euch Allen die Ursache bekannt, welche unsere Arbeiter Kollegen bewegen hat, bei den Reiskern ordnungsgemäß zu kündigen, um anderswo Arbeit zu nehmen. Der Kontrakt nämlich, den sie mit den Reiskern immer um ein Jahr abschließen, und der u. n. seiner Seite gebrochen wurde, war am 11. Februar abgelaufen. Unsere Kameraden müßten daher einen neuen Kontrakt mit den Reiskern abschließen, wenn sie weiter arbeiten wollten. Da nun ihr Lohn im Sommer von 6 bis 6 Uge 1 Thaler und diesen Winter 24 Uge betrug, und sie daher einverstanden, daß sie in Folge des steten Steigens sämtlicher Lebensbedürfnisse mit einem solchen Lohn nicht mehr auskommen könnten, kündeten sie am 5. dts. pro Stunde mehr an. Hieran erklärten sie eine Antwort von den Reiskern, daß ihnen dieselben nicht mehr Lohn geben würden, da die allgemeine Geschäftslage auf eine Ermäßigung des Lohns „hinweise“, und daß man auch ferner eine gleichmäßige Mäßigung sämtlicher Schiffszimmerer nicht mehr zweckdienlich halte. Ueberhaupt wollten sie (die Reiskern) nicht, weshalb sie mehr Lohn geben sollten. Von einer Erhöhung sämtlicher Lebensbedürfnisse könne doch keine Rede sein, da sie kaum etwas bemerkt hätten. Daraus kündigten unsere Kameraden ordnungsgemäß, und haben somit in Abred, da die Sache nicht zu Gunsten unserer Kameraden ausfiel, am 10. Februar zuletzt gearbeitet. Die Reiskern haben schon über den Kündigen getobt, unbedürftig, ob die Reiskern sich befinden werden oder nicht, indem sie ja in einem solchen Lohn allenthalben verdienen können. Unsere Kameraden Kollegen liegen ebenfalls noch immer im Kampfe, also schon seit dem 23. November. Die Reiskern geben sich zwar der Hoffnung hin, unsere Kollegen sollen zu Kreuze kriechen, da besonders der junge Winter in der Reiskern Wunder anstellt. Es ist diese Kälte also ein empfindlicher Schlag für unsere Kameraden Kollegen, wie für so viele andere Arbeiter. Die Reiskern aber freuen sich, und hoffen, daß die Zeit endlich kommen wird, wo unsere Kollegen ihnen zu Füßen fallen sollen. Arme Thoren, die sich einer solchen Hoffnung hingeben! Denken die Herren, daß sie die Schiffszimmerer Deutschlands besorgen können? Oder denken die Herren, daß die Arbeiter so unlang sein würden, nachdem sie den Winter über gefiebert und sich durchgeschlagen, nun zum Frühjahr ihnen zu Füßen fallen? Unsere Kameraden in Bremen will in Abred werden schließlich und zwar so lange, bis die Herren Schiffszimmerer die Gedanken fallen lassen, unseren Kameraden den Lohn kürzen oder in Klassen einteilen zu wollen. Euch aber, Kameraden in Deutschland, rufe ich einfach zu: Seid auf dem Posten! Mit social-demokratischem Gruß. O. Groß.

Hennrich, 6. März. (Stelle der Schneider.) Alle Kollegen erlaube mir, den Antrag fern zu halten, da in Folge von Lohnabschnürungen in Etiele bevorsteht. R. Riechen.

Berlin, 22. Febr. (Schuhmacherverein.) Montag, den 22. dts., hielten wir in den Gradowischen Bierhallen eine öffentliche Schuhmacherver-sammlung ab. H. Gimmath referirte über die Nothwendigkeit der Vereinigung der Schuhmacher Deutschlands, und wies die Anwesenden darauf hin, daß Tausende von Schuhmachern ohne Beschäftigung wären, weil die Ueberproduktion der Schuhmacher so groß sei, daß die Fabrikanten nicht wollten, was sie mit der jetzigen Preise ansetzen sollten. Nachdem der Referent noch einen Brief von der Verwaltung der internationalen Schuhmachergesellschaft gelesen hatte, in Anbetracht der Vereinigung beider Gewerkschaften, und noch mehrere Worte darüber gesprochen, wie traurig es wäre, daß zwei Fraktionen in der Schuhmachervereinigung existieren, wurde von Referenten eine Resolution eingebracht, welche folgendermaßen lautet: „Sämtliche Kollegen, die dem Allg. Schuhmacherverein angehört haben, werden von den Berlin Kollegen aufgefordert, ihre die Vereinigung, resp. für einen Kongreß zu wirken, damit die Schuhmacher eine Organisation beschaffen können.“ Nachdem die Resolution gelesen war, sprachen sich sämtliche Referent für dieselbe und die Vereinigung aus. R. Rehner; Schriftführer.

Gotha, 1. März. (An die Schuhmacher Deutschlands.) Auf die mehrfach an uns gerichteten Anfragen und Wünsche, bezüglich einer Einigung der Schuhmacher Deutschlands, machen wir hiermit bekannt, daß die Verwaltung der Gewerkschaft der Schuhmacher beschlossen hat, zugleich mit der diesjährigen in Koburg stattfindenden Generalversammlung einen allgemeinen Schuhmacherkongreß beschließen einzuberufen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Vereinigung zur Nothwendigkeit geworden und die Kollegen allwärts mit Ueberzeugung, einen dauernden Frieden unter den Schuhmachern Deutschlands herbeizuführen, hoffen wir auf eine recht rege Theilnahme und bitten um weitest Verbreitung dieser Noth. Die Tagesordnung u. s. w. wird nächstens in „Weser“, wie auch im „Neuen Social-Demokrat“ und im „Volksstaat“ bekannt gegeben. Für die Verwaltung der Gewerkschaft der Schuhmacher: W. Bod.

Bremen, 3. März. (An die Schneider Deutschlands.) Unseren werthen Kollegen machen wir hiermit bekannt, daß wir hier selbst einen Schneiderverein gegründet haben, um etwaigen Angriffen, welche die in einer Zeitung verbreiteten Arbeiter gegen uns planen sollten, mit der größten Energie entgegen zu treten. Mit diesem Verein ist auch ein nützliches Arbeitsnachweisedeurens verbunden, welches sich beim Gastwirt Kuhner, Hankenstr. 25, befindet. In diesem lokale befindet sich auch der Verleiher der Schneider, sowie eine gute und billige Herberge, und eruchen wir die werthe Kollegen, nur hier einzutreten. Der Vorstand.

Wald, 13. Febr. (Wandererversammlung.) Heute hielten wir eine Versammlung sämtlicher Mannes Abends und der Umgebung ab. Die Tagesordnung war: Vortrag des Herrn Durstmann und Veila über Organisation und Centralisation. Nachdem zuerst Herr Durstmann seinen besten Dank für die Unterstützung seiner Familie während seiner Gast angeprochen, zog er in geübiger Weise auf die Tagesordnung ein. Folgende Resolution wurde sodann verlesen und einstimmig angenommen: „Die öffentliche Versammlung erkennt den Vortrag des Herrn Durstmann an und werden alle Mann der Einigung antret-u. und danach zu handeln suchen, sowie auch allen Erörterungen gegen die Arbeiter, so viel in ihren Kräften steht, entgegen zu treten. Als Herr Schwarz nach der Tagesordnung vorlesete, daß die Schiffszimmerer hier in Wald bei zwei Reiskern die Arbeit eingestellt hätten, wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige hiesige Versammlung wird alle im Kampfe stehenden Brüder unterstützen, damit dieselben in ihrem Rechte gelangen.“ Zum Schluß brachte die Versammlung Herrn Durstmann in Anbetracht seiner verheißenen Post für die Organisation der Arbeiter ein dreifaches Ged. J. Schütz, Schriftführer.

* Da in verschiedenen Orten von Parteinossen lokale politische Vereine gegründet worden sind und § 8 des preussischen Vereinsgesetzes verbietet, daß politische Vereine mit einander in Verbindung treten, so machen wir die Parteinossen auf einige Punkte aufmerksam, bei deren Nichtbeachtung leicht Auflösung und Zerstückelung erfolgen kann.

Erstens dürfen lokale Vereine nach der Auslegung des Obertribunals nur innerhalb des Polizeibezirks, wo sie ihren Sitz haben, Versammlungen ihrer Mitglieder abhalten, haben sie in benachbarten Polizeibezirken — auch wenn diese Polizeibezirke in demselben Wahlkreise liegen — Mitglieder, welche dort selbständige Vereinsversammlungen abhalten, oder halten die Vereine dort Wanderversammlungen ab, so wird dies als Bildung gesetzwidriger Zweigvereine betrachtet und es erfolgt Verurtheilung.

Sodann ist jeder Verkehr, auch brieflicher, zwischen zwei politischen Vereinen verboten; finden sich bei Hausbesuchen solche Korrespondenzen, so erfolgt bestimmt Verurtheilung.

Drittens dürfen Vorstandsmitglieder eines politischen Vereins nicht einem anderen politischen Verein als Mitglieder angehören, da auch dies als verbotene Verbindung angesehen wird. Und zwar wird von den Gerichten nicht bloß jener als Vorstandsmitglied betrachtet, welchem laut Statut dieser Name zukommt, sondern jedes Mitglied, welches als „Vorsteher, Ordner und Leiter in den Vereinsversammlungen aufgetreten ist, oder die Führung der Vereinskorrespondenz besorgt hat. — Wir geben zum Beweise dieser juristischen Auffassung aus der „Rechtsprechung des königlichen Obertribunals in Strafsachen“, herausgegeben von Dr. F. E. Dyppehof, einen Urtheilspruch dieser Art nachstehend im Wortlaut wieder:

1. Das Verbot, nach welchem ein Verein, welcher politische Gegenstände u. zu erörtern bezweckt, nicht mit anderen Vereinen „gleicher Art“ u. in Verbindung treten darf, wird anwendbar, sobald der andere Verein ebenfalls die Erörterung politischer Gegenstände bezweckt.

2) Die Schließung eines politischen Vereins kann (bezw. mag) ausgesprochen werden, sobald ein Vorsteher desselben aus den §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes bestraft wird; es bedarf dazu nicht der Einleitung eines Verfahrens gegen den Verein selbst oder seinen Vorstand.

Vereinsgesetz vom 11. März 1850 §§ 8, 16.
Erl. (S. I.) v. 26. Febr. 1873 o. Gr. v. Strachwitz
(895 I. Cr. v. 1872).

Gr. v. Str., welcher am 4. Febr. 1872 als Mitglied in den zu Schurgast zusammengetretenen „katholischen Volksverein“ getreten war, wurde am 5. März 1872 in den Vorstand des „katholischen Kasinos“ in der nahe gelegenen Stadt Oppeln gewählt und trat in diesen ein. Ebenso war der Vorsitzende des Schurgaster Vereins, v. Sch., demnach in das Kasino zu Oppeln als Mitglied aufgenommen worden. Die Instanzgerichte nahmen an, daß beide Vereine die Erörterung politischer Gegenstände in Versammlungen bezweckten, und fanden darin, daß Gr. v. Str. und v. Sch. Mitglieder des einen Vereins waren, während sie als Vorstandsmitglieder an der Leitung des anderen Theil nahmen, ein „Treten in Verbindung“ beider Vereine. Sie strafte deshalb aus den §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes und erkannte gleichzeitig auf „Schließung des katholischen Kasinos zu Oppeln“. Die R. B. des Gr. v. Str. rügte u. A. Gesetzesverletzung: der Umstand, daß er Mitglied des Schurgaster und gleichzeitig Vorstandsmitglied des Oppelner Vereins sei, genüge nicht, um ein „In-Verbindung-Treten“ beider Vereine anzunehmen; ebenso reiche die Annahme der Instanzgerichte, daß „beide Vereine die Erörterung politischer Gegenstände bezweckten“, nicht hin, um sie als Vereine „gleicher Art“ (1. B. I. c.) zu betrachten; endlich habe die Schließung des Oppelner Kasinos nicht in dem lediglich gegen ihn, sondern nur in einem gegen diesen Verein, bezw. gegen den Vorstand desselben gerichteten Verfahren erfolgen können, und das um so mehr, als er selbst erst nach seinem Eintritt in den Schurgaster Verein zu Oppeln in den Vorstand gewählt worden sei, ohne daß der Vorstand des letzteren Vereins von seiner Theilnahme am Schurgaster Verein Kenntnis gehabt habe. —

Zurückweisung. Das O.-Tr. fährt zunächst aus, daß die Erwägung, ob in den tatsächlichen Feststellungen der Nachweis für die wirklich eingetretene Verbindung

der beiden Vereine erbracht sei, auf dem Gebiete der tatsächlichen, der Kritik in der Richtigeitsinstanz nicht unterliegenden Prüfung liege, — und fährt dann fort:

[1.] Nicht eine Gleichzeitigkeit der Vereine nach allen Richtungen hin ist im § 8 vorausgesetzt, sondern nur eben in derjenigen Richtung, welche die Vereine als politische charakterisiert und aus diesem Grunde für sie die besonderen Beschränkungen des § 8 cit. notwendig erscheinen ließ. Die etwa nebenhergehenden Zwecke berühren die Bedeutung der Vereine, insofern sie durch die Einschränkungen des § 8 getroffen werden sollten, nicht und sind daher in Bezug auf diese gesetzliche Bestimmung gleichgültig. Unter den unter lit. I. des § 8 bezeichneten „Vereinen gleicher Art“ können nur solche gemeint sein, wie sie im Eingange des § 8 bezeichnet waren. —

[2.] Der (ferner) Angriff, welcher darauf beruht, daß ein Strafverfahren, dessen Resultat die Schließung eines Vereins sein solle, gegen sämtliche Vorstandsmitglieder gerichtet werden müsse, findet weder in den Strafgesetzen, noch in den Strafprozeßgesetzen einen Anhalt; vielmehr ist nach § 16 des Vereinsgesetzes die Schließung des Vereins nur von der objektiven Feststellung der Voraussetzungen des § 8 ibid. abhängig, welche Feststellung die notwendige oder fatalitäre Schließung zur Folge hat. Die Frage, inwiefern den einzelnen Vorstandsmitgliedern die Kenntnis von der Existenz der Verbindung beigegeben habe, interessiert nur in Bezug auf die Prüfung, ob der Verein zu schließen sei oder nicht. Die Verschuldung des gegenwärtig Angeklagten wird — unter der Voraussetzung, daß die vom Besetze verbotene Verbindung der Vereine bestand — hat — durch jene Frage nicht berührt, da bezüglich seiner Person die Kenntnis der Verbindung nach den tatsächlichen Feststellungen der Instanzrichter außer Zweifel steht.

Katr. d. S.-St.-A.: entgeg. [40.—6]

Das große Arbeiterunglück zu Reigen.

Als ich mich am 9. Februar gegen Abend von der Arbeit nach Hause begab, hörte ich unterwegs, daß in der englischen Sicherheitszänder-Fabrik des Herrn Cales im Goldgraben eine Pulverexplosion erfolgt sei und die Fabrik in Flammen stehe, so wie daß mehrere Arbeiterinnen scharflich verbrannt seien. Ich eilte sofort auf den Schauplatz der Katastrophe, um die Ursache des Unglücks zu erforschen, welche jedoch wahrscheinlich niemals an den Tag kommen wird.

Es ist viel in den Zeitungen über dieses Unglück geschrieben worden; die sich widersprechendsten Thatsachen hat man erzählt und am nächsten Tage widerrufen; zwei Punkte hat man jedoch von Anfang an bis heute aufrecht erhalten: 1) daß die Arbeiter schuld am Unglück gewesen sind; 2) daß Herrn Cales durchaus keine Schuld trifft.

Wenn man die diesen Unglücksfall begleitenden Umstände aber mit Ruhe betrachtet, so findet man, daß die Sache anders liegt, und zwar so, daß nicht bloß Herrn Cales, sondern auch indirekt die Gesetzgebung eine Schuld trifft.

Der Industriezweig der Sicherheitszänder ist seit einigen zwanzig Jahren in Deutschland eingeführt worden, und Herr Cales mußte als Sachverständiger wissen, daß die Zänderfabrikation höchst gefährlich ist. In den Maschinenläden liegt überall Pulverstaub, alle Fugen und Spalten sind damit angefüllt, und die geringste Unvorsichtigkeit mußte notwendig eine Explosion zur Folge haben. Waren da nicht die allerwichtigsten Vorsichtsmaßregeln geboten? Müßte vor allen Dingen nicht eine auf alle Fälle zuverlässige Person zur Aufsicht über die Maschinenläden fortwährend am Platze sein? Das ist aber nicht der Fall gewesen, denn Stundenlang sind die Frauen in den Maschinenläden ohne jede Aufsicht gewesen. Es durfte ferner nicht bloß nur eine Thür aus den Besatzungsräumen hinausführen, sondern es mußten an jeder Front der Halle mehrere Thüren und Treppen in's Freie führen. Es war aber im Augenblick des Unglücks nicht einmal eine Leiter zur Stelle, mittelst der man die am ganzen Leibe brennenden Frauen, welche sich am Fenster zeigten, hätte herunterholen können!

Bei besseren Maßregeln wären sicherlich nicht so viel Personen, wie es der Fall war, umgekommen. Nicht weniger als neun sind in den Gebäuden verbrannt; Viele mußten zwei Stock hoch zum Fenster hinauspringen und brachen Arme und Beine;

von dreißig meist schwere Verunglückte sind im Ganzen fünfzehn gestorben!

Was nun die Gesetzgebung anbelangt, so trifft dieselbe aus dem Grunde eine indirekte Schuld, weil sie es bis jetzt noch nicht für nöthig befunden hat, für sämtliche Arbeitssphäre genügende Kontrolle zu schaffen. Die Gesetzgeber hätten schon längst das Institut der Fabrikinspektoren im umfangreichsten Maßstabe einführen sollen und zwar derart, daß die Arbeiter durch Wahlrecht auf die Ernennung derselben Einfluß ausüben; dann wäre Herr Cales ganz sicher zu den nöthigen Vorsichtsmaßregeln gezwungen worden, und ein solches Unglück nicht heringebrochen.

Traugott Thieme.

* (Auf die Insertion des Herrn Redaktors). Photographieren bekannter Persönlichkeiten betreffend, machen wir hierdurch mit dem Bemerkten aufmerksam, daß die Bilder schon ausgeführt sind. Besonders gilt aber dies von dem Bilde, welches die vorjährige Todesfeier Lassalle's veranschaulicht.

Vermischtes.

* (Die Person des Herrn Redaktors). Hugo, ein Redakteur der „Dämmerungs-Zeitung“, war in der schüchternen Zeit der letzten 27 Tage im Monat, d. h. er war „Kamm“ und konnte seiner Clara für ihre Lebenswürdigkeit keinen anderen Entgelt geben, als eine Anweisung für das und das Theater. — Clara erscheint an dem betreffenden Theater und jetzt bei der Billtausgabe ihre Anweisung vor. „Bedauer sehr, achselzuckte der Bildner, die Anweisung gilt nur für die Person des Herrn Redaktors.“ — „Kamm“ gegenreichte Clara, „ich bin ja — die Person des Herrn Redaktors!“

* (Bei Rathenow) sind am 25. Februar sieben Zigeuner im Walde ertrunken, da ihnen das Lagerfeuer erloschen war.

* (Statistik.) Es ist eine schöne Sache um die Statistik. Sie zeigt uns u. A., daß Frankreich während immer von konservativen, soliden Zuständen in Berlin befeuert wurde, seit dem 4. März 1870 16 Minister des Innern, 6 Kriegsminister, 6 Finanzminister, 8 Minister der öffentlichen Arbeiten, 5 Justizminister, 4 Reichsminister, 4 Minister des Auswärtigen, 8 Handelsminister, 5 Unterrichtsminister, 4 Hygieneministerpräsidenten gehabt hat; also im Ganzen 66 Minister.

An die Parteigenossen!

Diejenigen Orte, welche nicht allzu weit von Berlin liegen und zur Agitation in Volkerversammlungen Redner aus Berlin wünschen, haben sich von jetzt ab nur allein (jedoch rechtzeitig) an die Adresse von Otto Kapell, Berlin, Waldemarstr. 56, zu wenden.

Unsere Privatbriefe sind jetzt, wie folgt, zu adressiren: Berlin S., Dresdenerstraße 86, II. Hof, 3 Treppen rechts.
W. Hasselmann. G. Lange.

Briefkasten.

Anonyme Einsendungen, Anfragen u. s. w. können nicht berücksichtigt werden.

Im Briefkasten können nur derartige Angelegenheiten erledigt werden, die entweder von Partei- oder öffentlichem Interesse sind.

Die Parteigenossen, welche uns Berichte über Versammlungen einsenden, ersuchen wir, dieselben in keinem Falle mit Bleistift zu schreiben. Mehrere so geschriebene Berichte sind in letzter Zeit ganz unleserlich und verwischt angekommen, so daß aus denselben nur ein kurzer Auszug gemacht werden konnte.

Die Redaktion.
Rathenow. Die Veröffentlichung des Briefes erfolgt in nächster Nummer.
Sperit, Minden. Sie werden das Abonnementverzeichniß in nächster Nummer finden.
Kottbus. Meine vorläufige Adresse ist bis auf Weiteres:
J. Leichert, Kl. Rosenstr. 200.
Von Herrn Rüdiger 6 Pfennig dankend erhalten. Frau Böttcher.

ANNUNCIEN.

Berlin. Donnerstag, den 11. März, Abends 8½ Uhr, in der Societäts-Saal, Bergmannstr., Große
Bezirksversammlung des Halle'schen Thor-Bezirks.
Tagesordn.: Der Hain. Militärbesetzung und die heutige Gesellschaft. Aus dem deutschen Reichstage. Referent: Reichstagsabgeordneter W. Hasenclever.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird jeder Bürger eingeladen.
Jedermann hat freien Zutritt.
Das Comité. [3,20]

Berlin. Dienstags, den 9. März, Abends 8½ Uhr, bei Grottel, Andreaskirche 26.
Referent: Herr Jahn.
Donnerstag, den 11. März, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Hrn. Lieber, Wasserstr. 14/15.
Referent: H. Kähler.
Jedermann hat freien Zutritt. [2,60]
Neue Mitglieder für den Berliner Arbeiter-Verein werden aufgenommen.
Alex. Baetke.

Berlin. Mittwoch, den 10. März, Abends 8½ Uhr, [2,00]
Linienstr. 44, bei H. Wenzel (nächste Frau).
Öffentliche Versammlung der Cigarrenarbeiter.
Tagesordn.: Ueber Produktivverhältnisse. Das Circular der Berliner Cigarrenarbeiter und Beschlüsse. Ref.: E. Steinlein.
Das Comité.

Berlin. Donnerstag, 11. März, Abends 8 Uhr, im Saale Sophienstraße 15,
Geschl. Mitgliederversammlung des Allg. Tischler- (Schreiner-) Vereins.
Tagesordn.: Abrechnung v. Frz. Wahl einer Kommission laut Beschluß der letzten Allg.-Vers. Beschlüsse. Sämtl. [1,50]

Hamburg. Mittwoch, 10. März, Abends 8½ Uhr, bei Hrn. Dyl, Spitalstr. 18,
Zimmerer-Versammlung.
Tagesordn.: 1) Abrechnung. 2) Die Bl.-Belohnungen Kameraden. 3) Wegen der Aufnahme Frisch's. 2. Pfeiffer. [1,60]

Hamburg. Donnerstag, 11. März, Abends 8 Uhr, in Lütke's Salon, Valentinsplatz 41,
Mitglieder-Versammlung des Allgem. deutsch. Maurer- und Steinbauer-Bundes.
Tagesordn.: Abrechnung. Janäre Angelegenheiten. W. Schröder. [1,60]

Hamburg. Donnerstag, 11. März, Abends 8½ Uhr, im Saale zum Roland, 1. Jan. 19, 19,
Geschlossene Mitglieder-Versammlung des Nordmarchbundes.
Tagesordn.: Abrechnung. Referent: H. Richter. [1,00]

Hamburg-Altona-Ottensen. Donnerstag, 11. März, Abends 8 Uhr, im Saale zum Roland, 1. Jan. 19, 19,
Geschlossene Mitglieder-Versammlung des Nordmarchbundes.
Tagesordn.: Abrechnung. Referent: H. Richter. [2,20]

Hamburg. Donnerstag, d. 11. März, Abends 8½ Uhr, in Lütke's Salon, Valentinsplatz 41,
Öffentl. Arbeiterfrauen- und Mädchen-Versammlung.
Tagesordn.: Vortrag. Der Vorstand. [1,60]

Hamburg. Donnerstag, 11. März, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Hrn. Säbner, Gr. Rosenstr. 37,
Öffentliche Töpfer-Versammlung.
Tagesordn.: Vortrag. Der Vorstand. [1,40]

Altona. Mittwoch, den 10. März, Abends 8½ Uhr, in Wittmann's Salon,
Große Öffentl. Versammlung sämtlicher Steuerzahler Altona's.
Unterzeichnete macht darauf aufmerksam, daß, soll die Versammlung von Nutzen sein, sich sämtliche Steuerzahler Altona's einzufinden haben. Bornemann. [2,60]

Altona-Ottensen. Freitag, 12. März, Abends 7½ Uhr, in der Mauerthorstraße in Altona,
Mitglieder-Versammlung des Allgem. deutschen Maurer- und Steinbauer-Bundes.
Tagesordn.: Vorschläge eines Bevollmächtigten. Die Agitation für unseren Bund. [2,00]
K. Reumann.
Allen Freunden und Parteigenossen empfehle ich meine Gastwirtschaft und Kellnersaal.
E. Laube, Neuer Steinweg n. 16, Hamb.

Wandsbed. Donnerstag, 11. März, Abends 8½ Uhr, in der Ruffstraße, Lübeckstraße 55,
Große Volksversammlung.
Tagesordn.: Die Vereinigung aller Arbeiter Deutschlands. Refer.: Dr. Richter. [1,20]

Wandsbed. Freitag, 12. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Logemann,
Öffentliche Versammlung des Bau- und Erdarbeiter-Bereichs.
Tagesordn.: Vortrag. Herr Pöhl. [1,20]

Wandsbed. den 17. März, im Lokal „Zum schwarzen Hirschen“
Stiftungsfest und Ball
der vereinigten Zimmerer und Tischler. Gesangsplecen, vorgelesen von der Liedertafel „Urania“. Festrede, gesprochen von E. Richter. Essensöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Eintrittspreise 75 Pf. Damen haben freien Zutritt.
Das Comité. [3,00]

Barmbed. Sonntag, den 14. März, Nachm. 2 Uhr, bei Herrn Schulz in Barmbed am Markt,
Öffentliche Versammlung des Allg. d. Bau- u. Erdarbeiter-Bereichs.
Tagesordn.: Was wir wollen. Erklärung einer Mitgliedschaft. Ref.: Kaspermann. [1,60]
F. Geise.
Den Parteigenossen empfehle ich Hamburger Reders-Anstalt: Jagert mit Luch gel. 5 Thlr. 20 Sgr., Beinfeld 3 Thlr. 12 Sgr., Wesse 1 Thlr. 10 Sgr. Emil Goris, Pöhlstr. 235, Eck der Barthstr. [2,50]

Rothenburgsort. Donnerstag, d. 11. März, Abends 8½ Uhr, im neuen Salon des Hrn. B. Dionysius,
Volksversammlung.
Tagesordn.: Das Dreiklassenwahlrecht. J. A.: G. Sabow. [1,50]

Hoheluft. Donnerstag, 11. März, Abends 8 Uhr, im Lokal des Hrn. Grottel,
Geschlossene Mitglieder-Versammlung des Allgem. deutschen Arb.-Vereins.
Tagesordn.: Das offene Antwortschreiben. Ref.: Herr Grottel. Abrechnung. Der Vorstand. [1,90]

Gimsbüttel. Mittwoch, 10. März, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Hrn. Frombeld, Gimsbütteler Chaussee 32,
Geschl. Mitglieder-Versammlung des Allgem. deutschen Arbeiter-Bereichs.
Tagesordn.: Wichtige Angelegenheiten. [1,60]
Th. Wallerling.

Da ich drabstichtige, wie zum 1. Mal ein selbständiges Geschäft in Rehanke, so wie in Rehanke- und Dannebitten zu gestalten, so ersuche ich Freunde und Parteigenossen, mich mit Ihren werthen Aufträgen zu beehren. [3,50]
G. Rau, Nierenstr. Hof Nr. 36, Hamburg.
34 empfehle mein Gut-, Wägen- und Pelzwaaren-Geschäft. [1,50]
D. Plantaber, Hamburg, I. Brandenburgerstr. 6.
Dank und Verlag von E. Spring Ngr./ (H. Berlin) in Berlin.
Schriftlich für die Redaktion: H. Kähler in Berlin.